

Medienmitteilung: TBTF-Kapitalregime

BAK-Studie beziffert gesamtwirtschaftliche Effekte eines vollständigen Eigenkapitalabzugs ausländischer Beteiligungen als Teil der TBTF-Massnahmen

BAK Economics, 16 April 2026 (Basel) – Im Auftrag von UBS legt BAK Economics erstmals eine quantitative Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des vorgeschlagenen Vollabzugs ausländischer Tochtergesellschaften vom harten Kernkapital (CET1) vor. Die Studie zeigt: Durch diese spezifische Regelanpassung für systemrelevante Banken können dauerhafte Folgen für Wachstum, Investitionen, Beschäftigung und Steuereinnahmen in der Schweiz entstehen – die Wirtschaft wäre somit permanent geschwächt. Je nach Wirkungspfad ergibt sich in den Simulationen über zehn Jahre eine Bandbreite kumulierter BIP-Verluste von CHF 11 Mrd. bis CHF 34 Mrd. Mögliche gesamtwirtschaftliche Konsequenzen der weiteren vom Bundesrat vorgeschlagenen TBTF-Massnahmen bildet die Studie nicht ab.

Im Rahmen der Vernehmlassungen zur Änderung der Kapitalregeln lagen bislang vor allem Partialanalysen vor: Alvarez & Marsal (2025) schätzt die Folgen des CET1-Vollabzugs ausländischer Tochtergesellschaften für die UBS; BSS (2025) beurteilt die regulatorischen Ziele ohne Kostensicht; Zimmermann (2025) untersucht Kapitalkosteneffekte. Eine Regulierungsfolgenabschätzung (RFA), welche die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der vollständigen Unterlegung ausländischer Tochtergesellschaften mit hartem Kernkapital konkret beziffert, lag bislang nicht vor. Die vorliegende BAK-Studie ergänzt die bestehenden Analysen um diese gesamtwirtschaftlichen Betrachtungen. Dadurch soll eine zusätzliche faktenbasierte Grundlage für politische und regulatorische Entscheidungen geschaffen werden.

[Punktgenaue Prognose nicht möglich – darum Szenarien](#)

Die Reaktionen von Banken und Kreditnehmern auf höhere Kapitalanforderungen sind im Voraus nicht eindeutig bestimmbar. Der Bundesrat hält entsprechend fest, dass sich die Kosten der Vorlage «nicht spezifischen Geschäftsaktivitäten zuordnen lassen» (EFD 2025). Die Studie verwendet daher einen Szenarioansatz, der eine plausible Bandbreite möglicher Anpassungspfade abbildet und deren volkswirtschaftliche Konsequenzen konsistent quantifiziert. Die Annahmen sind, wo möglich, bewusst konservativ, d.h. als Untergrenze, gewählt: Als Ausgangspunkt dienen die von Alvarez & Marsal (2025) geschätzten jährlichen Mehrkosten von USD 1.3 Mrd. infolge der höheren Kapitalanforderungen, die unter der UBS-eigenen Schätzung (USD 1.7 Mrd.) liegen.

[Drei Wirkungskanäle – simuliert mit dem BAK-Makromodell](#)

Die Analyse unterscheidet drei sich ergänzende Kanäle, über die sich höhere Kapitalanforderungen auf die Wirtschaft übertragen. Szenario 1 modelliert den Preiseffekt durch die Übertragung der Mehrkosten auf die Kreditzinsen. Szenario 2 bildet den Mengeneffekt in Form einer regulierungsbedingten Verknappung des Kreditangebots ab. Szenario 3

adressiert den Standorteffekt, bei dem der strukturelle Schweizer Zinsbonus durch Annäherung ans EU-Niveau graduell erodiert.

Diese Primäreffekte werden als exogene Schocks in das BAK-Makromodell eingespeist – ein ökonometrisches Strukturmodell mit über 1'000 Gleichungen, das Güter-, Arbeits-, Kapital- und Finanzmärkte integriert abbildet. In einem zweiten Schritt werden die einzelnen Effekte zu kombinierten Wirkungspfaden zusammengeführt, da sie in der Realität gleichzeitig wirken.

Ergebnisse: spürbare, dauerhafte wirtschaftliche Einbussen

Der dominante Übertragungskanal verläuft über die Investitionstätigkeit. Anders als ein konjunktureller Zinsschock wirkt der regulierungsbedingte Krediteffekt unabhängig von der Wirtschaftslage und ist daher nicht durch geldpolitische Massnahmen kompensierbar. Die kombinierten Wirkungspfade zeigen über zehn Jahre kumuliert BIP-Verluste von CHF 11 Mrd. im milden Szenario (1.3 % der gesamtwirtschaftlichen Leistung eines Jahres), CHF 28 Mrd. im ausgeprägten Szenario (3.2 %) und CHF 34 Mrd. im Stressszenario (3.9 %).

Neben den Wachstumseffekten fallen auch Auswirkungen auf Beschäftigung und öffentliche Finanzen an. Im milden Szenario sind nach zehn Jahren rund 2'200 Personen weniger erwerbstätig, im Stressszenario rund 6'300. Die Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden sinken über zehn Jahre kumuliert in einer Grössenordnung von CHF 2.1 Mrd. (mild) bis CHF 6.4 Mrd. (Stress). Zum Vergleich: Das Entlastungspaket 27 (EP27) sieht für die nächsten drei Jahre Einsparungen in Höhe von rund 5.3 Mrd. CHF vor.

Besonders betroffen: produktive, international tätige Unternehmen

Spezialisierte Grossbankdienstleistungen – wie bspw. im internationalen Zahlungsverkehr – werden überwiegend von mittelgrossen und grossen, international tätigen Unternehmen genutzt. Diese sind häufig überdurchschnittlich produktiv und innovationsstark, wie eine Kombination aus KI-Analyse und einer CFO-Umfrage bei rund 1'100 Schweizer Unternehmen sowie Patentdaten zeigen. Solch sektorspezifische Folgen werden im Modell nur teilweise abgebildet. Das lässt erwarten, dass die Durchschnittsbetrachtung des Modells die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Folgen systematisch unterschätzt.

Die Auftraggeberin dieser Studie hat das Thema definiert, während die wissenschaftliche Umsetzung vollständig bei BAK Economics liegt.

Ihre Ansprechpartner

Alexis Bill-Körber

Senior Projektleiter

T +41 61 279 97 20

alexis.koerber@bak-economics.com

Claude Maurer

Chefökonom

T + 41 61 279 97 13

claudio.maurer@bak-economics.com